

Erwerbslose und Hartz IV – Betroffene sind keine Almosenempfänger sondern Menschen mit Herz und Verstand, die eine konstruktive linke sozial ausgerichtete Politik als Anwalt verstehen!

Werter WASG- Abgeordneter der Linksfraktion des Deutschen Bundestages!

Wir, die Mitglieder des Sprecherrates des „Bündnis gegen Sozialkahltschlag Dresden“, Monika Waldeck, Marianne Schwandt, Steffen Leuteritz, Bernd Reißmann und der Verfasser dieser Mail Wolfram Vorwerk – Mitglied der Linkspartei. PDS – waren erwartungsvolle, mit konstruktiven Vorschlägen aufwartende Teilnehmer der größten Anhörung in der Bundestagsgeschichte am 24.02.06 im Auditorium der CDU im Deutschen Bundestag.

Wir hatten nach der Veranstaltung das Gefühl „ Wir sind wer, uns nimmt man endlich ernst mit unseren Problemen“ in einer Fraktion „Die Linke“, die in ihrem Wahlversprechen klar und deutlich der Anwalt für die sozial benachteiligten Menschen dieser neoliberalistischen Politik sein will.

Auch Sie als Mitglied der WASG haben im Wahlkampf 2005 dafür gebürgt!

Jetzt aber müssen wir feststellen, das Sie mit Ihrer Haltung gegen die wichtigsten von uns eingebrachten Forderungen die in den Antrag aufgenommen wurden, den politischen Auffassungen der neoliberalistischen anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag entgegenkommen!

Mit Ihrer Ablehnung hinsichtlich einer **repressionsfreien Grundsicherung!** sehen wir eine der wichtigsten Forderungen unsererseits untergraben und der Diskussionsgrundlage der Neoliberalisten hinsichtlich „Sozialneid“ unbedingten Vorschub geleistet!

Das werden Sie Ihren erwerbslosen Mitgliedern der IG Metall, die ebenfalls ihr Engagement in den Protestbewegungen einbringen, nicht erklären können!

Ihr und unser gemeinsamer Kampf gegen diese neoliberalistische Politik, die den Shareholder Kapitalismus als neue Gesellschaftsordnung etablieren will, muss diesen politischen Bestrebungen unbedingten Einhalt gebieten!

Wir wollen dieses mit Ihnen gemeinsam tun, ohne uns das Volk, die Menschen, ihre Wähler, können Sie keine ehrliche linke Politik machen!

Das Abgeordnetenmandat darf nicht zur „Arroganz der Macht“ verkommen!

Das mussten die Wähler in Deutschland in den vorangegangenen Legislaturperioden des Deutschen Bundestages mit hohen persönlichen Verlusten einhergehend erleben, damit muss endlich Schluss sein!

Wir bitten Sie im Namen unserer Menschen, die z. Zeit grundgesetzwidrig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind, überdenken Sie Ihr momentanes politisches Verständnis und bilden mit uns gemeinsam den „Part des Widerstandes“ gegen die Neoliberalisten!

Mit solidarischen Kampfesgrüßen
die Mitglieder des Sprecherrates des „Bündnis gegen Sozialkahltschlag Dresden“
Dresden 15.03.06